



Berichterstattungsstelle
Menschenhandel

Ausbeutung verhindern, Rechte durchsetzen

Menschenhandel und Ausbeutung sind schwere Menschenrechtsverletzungen. Sie finden täglich in Deutschland statt – beispielsweise in Pflege, Haushalt, Prostitution, Landwirtschaft, Fleischindustrie oder auf dem Bau. Das Deutsche Institut für Menschenrechte wurde 2022 von der Bundesregierung mit der Berichterstattung zur Europaratskonvention gegen Menschenhandel und zur EU-Menschenhandelsrichtlinie betraut. Hierfür hat es die unabhängige Berichterstattungsstelle Menschenhandel eingerichtet.

Menschenhandel sichtbar machen

Die Berichterstattungsstelle stärkt das Bewusstsein für die Rechte der Betroffenen von Menschenhandel, fördert politische Debatten und verbessert dadurch den Schutz vor Ausbeutung.

Datengrundlage schaffen

Die Berichterstattungsstelle erfasst und wertet Daten zu Menschenhandel in Deutschland aus. Sie führt ein menschenrechtsbasiertes und

indikatorengestütztes Monitoring durch, um Trends zu analysieren und zu bewerten.

Praxisnah beraten

Die Berichterstattungsstelle berät Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Europaratskonvention und der EU-Menschenhandelsrichtlinie. Sie erarbeitet praxisnahe Handlungsempfehlungen, damit Maßnahmen und Programme zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel effektiv gestaltet werden können.

Rechtsprechung beobachten

Die Berichterstattungsstelle untersucht Gesetze und Urteile im Zusammenhang mit Menschenhandel und überprüft, ob sie internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Sie unterhält gemeinsam mit dem KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Menschenhandel e.V. eine Rechtsprechungsdatenbank zu Menschenhandel: www.kok-gegen-menschenhandel.de/rechtsprechungsdatenbank/datenbank

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Kontakt

www.dimr.de/menschenhandel